

Neue Gefahren : Politiker gefordert

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **163 (1997)**

Heft 1

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Neue Gefahren – Politiker gefordert

Vor genau zwei Jahren wurde hier auf die grossen Bedrohungen hingewiesen, die nach Beendigung des kalten Krieges aufbrechen und dringend Massnahmen des Staates gegen echt staatsgefährdende Verbrechensformen wie z.B. die **Organisierte Kriminalität (OK)** verlangten. In der Zwischenzeit ist die OK zu einem der international grössten Übel geworden, das u.a. Drogen-, Menschen- und illegalen Waffenhandel, Geldwäscherei, Umwelts- und Nuklearkriminalität umfasst. Einzelne Staaten haben sich zu von der Mafia beherrschten Gebilden entwickelt, z.B. Kolumbien, Nigeria und Burma. Über ein Dutzend andere Staaten bewegen sich mindestens teilweise am Rande der Rechtsstaatlichkeit (z.B. Russland und GUS-Staaten). Dazu kommen internationale (Deck)-Organisationen, die mit ihren Geldtransaktionen über **«off shore Banking»** der staatlichen Kontrolle von Geldwäscherei entgehen. Da täglich rund 24 Mrd. \$ im ordentlichen Finanzsektor verschoben werden, fallen illegale Transfers kaum auf.

Verschlafene Schweiz

Bei uns versucht man immer noch, die inneren und äusseren Gefahren separat zu behandeln, obwohl offensichtlich die neue Kriminalität sich an keine Grenzen hält. Sie ist so gewieft geworden, dass sie bestehende nationale Grenzen für ihre Zwecke ausnützt, z.B. durch die «Hit and Run»-Kriminalität im Tessin hinüber ins schützende Ausland, durch Ausnützen von Gesetzeschwächen und ihrer inkonsequenten Anwendung usw. In Westeuropa sind die nationalen Grenzen gefallen und die zentralisierte Verbrechensbekämpfung mit Datenbank und Informationsverbund eingerichtet worden. Auch im föderalistischen Deutschland hat man sich zu einer Bundeskompetenz in Sachen OK-Bekämpfung durchgerungen und sogar dem Nachrichtendienst der Bundeswehr die strategische Aufklärung im Ausland übertragen (Ermittlungen über Tätergruppen, Vorgehensweise und Zielarten). Bei uns dagegen soll alles beim alten bleiben. Dies unter dem Vorwand, einer neuen Fichenaffäre keinen Vorschub leisten zu wollen und daher die volle kantonale Souveränität in diesem Bereich auch im neuen «Gesetz für die innere Sicherheit» aufrecht zu erhalten. Dabei wissen alle Experten, dass innere und äussere Sicherheit nicht mehr zu trennen sind und dass jedes Land, das sich erst ab seiner Landesgrenze verteidigt, einen grossen strategischen Vorteil aufgibt.

Eine internationale Zusammenarbeit wäre angesichts der sich ständig verstärkenden transnationalen Bedrohungen vordringlich, würde aber vom Ausland nur mit einem zentralen Bearbeitungsorgan der Schweiz akzeptiert. Da die Verbrecher mit immer raffinierteren Methoden arbeiten, werden auch für die Überwachung und Ermittlungen immer teurere Systeme mit aufwendigerer Ausbildung nötig, wozu die einzelnen Kantone finanziell und personell überfordert wären.

Übersteigter Datenschutz

Im gleichen Gesetz wollen viele Parlamentarier den **persönlichen Datenschutz** so weit verstärken, dass sich OK-Akteure einfach dahinter verstecken können. Hoffentlich läuft hier die Schweiz nicht quer zum internationalen Trend: New York hat erst kürzlich ihre Identifizierungsvorschriften geändert und dabei u.a. erreicht, dass pro Jahr 7,5 Mrd. \$ an Sozialleistungen eingespart werden, welche durch Doppelleistungen erschlichen wurden. Frankreich steht im Begriff, ein ähnliches System einzuführen und demonstriert damit, dass die Europäer im Durchschnitt nicht vertrauenswürdiger sind als Amerikaner. Es ist daher zu hoffen, dass das schweizerische Auskunfts- und Beschwerderecht so geregelt wird, dass die Ermittlungen nicht durch systematische Anfragen interlaufen werden können, die Behörden zu gegenseitiger Auskunft verpflichtet sind und in ihrer Arbeit zu einem «gesunden Misstrauen» angehalten werden.

Gesicht des modernen Terrorismus

– Auch der Terrorismus arbeitet immer mehr international, so dass er **gleichzeitig** an mehreren Orten zuschlagen kann (z.B. Kurden), **gewisse Synergien** sowie einen besseren Erfahrungsaustausch erreicht.

– Terrorismus operiert neuerdings **zusammen mit der internationalen OK**, um so die Gewinne zu maximieren, das Operationsrisiko zu reduzieren, die Angst bei den Betroffenen zu potenzieren sowie staatliche Organe wie Zoll, Polizei, Justiz und neustens sogar Medien einzuschüchtern oder zu unterwandern.

– **Politischer Terrorismus** sucht einen Spektakularitätseffekt, um seine Taten möglichst stark bekannt zu machen und oft Kollaborateure bis in höchste Regierungskreise zu erzwingen. **Religiöser, fundamentalistischer Terrorismus** dagegen ist auf Öffentlichkeit nicht angewiesen, basiert auf schwer durchdringbaren ethnischen oder familiären Kreisen.

– Terrorismus arbeitet mit immer **grösserer Brutalität** und richtet sich vermehrt gegen unbeteiligte Personengruppen.

– Die **Mittel des Terrorismus** sind immer mehr normale militärische Waffen und neustens sogar **Massenvernichtungsmittel**. Eine der grössten Bedrohungen sind dabei Boden-Boden-Raketen, die mit chemischen oder biologischen Gefechtsköpfen ausgerüstet sind. Da ihre Reichweite von z.Zt. 500 bis 1000 km bis in 10 Jahren auf 3000 km gesteigert wird, bedeutet dies, dass dann fast ganz Europa aus dem Krisenbogen von Marokko bis zum Kaukasus bedroht und erpresst werden kann, zumal noch kein wirksames Abwehrsystem gegen sie existiert. Bis dann können wohl auch einzelne «private» Gruppen solche Waffen einsetzen. Ihr Wert ist zwar militärisch unbedeutend. Gegen eine zivilisatorisch verwöhnte Gesellschaft erzielen sie jedoch einen grossen Einschüchterungseffekt, wie die «Scud»-Angriffe gegen Israel im Golfkrieg belegten.

Moderne «Information Warfare»

Das neueste Mittel von OK und Terrorismus ist der Missbrauch der Informationstechnologie vor allem mit Hilfe von Software und evtl. auch Hardware. Schon vor 2500 Jahren lehrte der chinesische Stratege Sun Tzu, wie man den Feind statt mit Waffengewalt durch Falschnachrichten überlisten könne. Im Golfkrieg wurde demonstriert, wie einfach die modernen Kommunikationsmittel verfälscht werden können. Auch ergibt sich im Wirtschaftsleben, dass Riesenverluste von Banken und Kreditkarteninstituten durch Manipulationen von Computerdaten nicht mehr bloss Hirngespinnste von Buchautoren sind, aber meist verheimlicht werden, um die Kunden nicht zu verunsichern.

Moderne **Datenautobahnen** sind riesige Katalysatoren für das Wirtschaftsleben, aber auch **sehr verwundbar**: z.B. durch Eingriffe in fremde Computer zur Manipulation oder Zerstörung von Daten, zur **Geldwäscherei mit Hilfe von Internet**, zur Verängstigung von Regierungen, Bevölkerung und Börsenkreisen.

Dringliche Abwehrmassnahmen

Gemäss Schätzung einer kürzlichen Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung steigt die Bedrohung durch transnationale Verbrechen **jährlich um 12 bis 15%**. Sie kann nur durch einen übernationalen Verbund der Überwachung inkl. Satelliten, der Ermittlungen und Bekämpfung eingedämmt werden. Die Schweiz täte gut dran, sich schon vor den Ergebnissen der Kommission Brunner daran zu beteiligen. **Denn diesem Übel werden wir nur mit internationaler Hilfe Herr.** Zudem müssen wir Hindernisse zur Bekämpfung im eigenen Land durch Wegfall von Kompetenzgrenzen beseitigen. Oder wollen wir warten, bis analog andernorts private Sicherheitsorganisationen dem Staat diese Prioritätsaufgabe abnehmen, **weil rücksichtslose Gangster ihre verbrecherische Tätigkeit vom Refugium Schweiz aus zu bunt treiben?**



Oberst i Gst Charles Ott